

Der Klimawandel ist nicht das Ende der Welt

Welt, 09.12.2020, Björn Lomborg

Das Erreichen der Pariser Klima-Ziele würde die Erde bis 2100 um gerade einmal 0,17 Grad abkühlen, könnte aber zig Billionen Euro verschlingen. Was wir für effektiven Klimaschutz brauchen, sind Innovationen. Deutschland geht gerade den umgekehrten Weg.

In Diskussionen um den Klimawandel stellen viele Teilnehmer häufig eine einfache, aber falsche Behauptung auf: Sie sind überzeugt, eine Katastrophe sei unausweichlich, wenn wir nicht alles täten, um so viel CO₂ wie möglich einzusparen.

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller warnte beispielsweise vor einer „Hitze-Apokalypse“, und der UNO-Generalsekretär behauptet, dass die Menschheit „an den Rand des Abgrunds steuert“. Eine Umfrage zeigt, dass 37 Prozent der Deutschen glauben, dass die globale Erwärmung wahrscheinlich zum Aussterben der Menschheit führen wird.

Wenn es tatsächlich um das Überleben der Menschheit ginge, sollten wir natürlich bereit sein, jedes erdenkliche Mittel einzusetzen, um das zu verhindern. Die EU verpflichtet sich daher zu einem mehr als eine Billion Euro umfassenden grünen Investitionspaket, während sie für die Mitgliedsstaaten klimapolitische Maßnahmen vorsieht, die mehr als fünf Billionen Euro kosten werden.

Das Ausmaß der Katastrophe wird größtenteils falsch dargestellt

Eine wissenschaftliche Studie zeigt, dass die derzeitigen Klimaziele für 2030 Deutschland um vier Prozent ärmer machen könnten, denn sie kosten jedes Jahr mehr als 100 Milliarden Euro. Die neue Biden-Regierung in den USA will allein in den nächsten vier Jahren zwei Billionen Dollar für den Klimaschutz ausgeben.

Doch das Ausmaß der Katastrophe wird größtenteils falsch dargestellt. Diese falschen Narrative werden uns ökonomisch schaden und könnten zum Scheitern der Klimapolitik führen.

Der Klimawandel ist ein echtes Problem, aber seine Gesamtauswirkungen werden oft weit übertrieben, wie die Klimaökonomie seit Jahrzehnten immer wieder gezeigt hat.

Der jüngste Bericht des UN-Klimarates schätzt die gesamten negativen Auswirkungen des Klimawandels bis 2070 auf einen Verlust von 0,2 bis zwei Prozent des Einkommens pro Person.

Da die UNO jedoch davon ausgeht, dass der Durchschnittsbürger bis dahin um 363 Prozent reicher sein wird als heute, heißt das, dass wir aufgrund des Klimas „nur“ um 356 Prozent reicher sein werden. Ein Problem, aber eindeutig nicht das Ende der Welt.

Für viele fühlt sich das Ergebnis einfach falsch an. Wir hören immer wieder, dass der Klimawandel extreme Wetterereignisse wie Wirbelstürme, Überschwemmungen, Dürren und Waldbrände begünstigt.

Der falsche Eindruck wird durch immer reißerischere Nachrichtenberichte hervorgerufen. Denn die Daten widersprechen meist der Katastrophenberichterstattung. Gemäß der am besten dokumentierten Langzeitdaten für Hurrikane – der auf Land treffenden US-Hurrikane – ist deren Anzahl von 1900 bis 2020 zurückgegangen.

Dies gilt auch für die Zahl der starken auf Land treffenden Hurrikane insgesamt. Das Jahr mit der höchsten Gesamtenergie atlantischer Hurrikane ist fast ein Jahrhundert her: 1933. Es stimmt zwar, dass 2020 ein aktives Jahr war, aber es liegt nur auf Platz 14 bezüglich der Hurrikanstärke. Es wird nicht nur von 1933, 2005 und 2017 übertroffen, sondern auch von 1893 und 1926.

Weltweit ist die jährlich durch Feuer verbrannte Fläche seit 1900 rückläufig. Allein in den vergangenen 18 Jahren zeigen Satelliten eine Verringerung der verbrannten Fläche um 25 Prozent.

Die ganze Welt berichtete über die Brände in Australien in der vergangenen Feuersaison, und die Brände traten in der Tat viel häufiger in den Eukalyptuswäldern auf, die nahe der Wohnorte der meisten Australier liegen.

Seit 2000 sind jedoch jedes Jahr durchschnittlich 6,7 Prozent der australischen Landmasse verbrannt. Eine neue Satellitenstudie im Fachmagazin Nature zeigt jedoch, dass die Gesamtfläche, die 2019 bis 2020 verbrannt ist, bei weniger als vier Prozent liegt, was viel weniger als üblich ist.

Auch in den USA ist die verbrannte Fläche im vergangenen Jahrhundert dramatisch zurückgegangen. Sogar die viel berichtete hohe Verbrennungsrate in Kalifornien ist in diesem Jahr geringer als die durchschnittliche Fläche, die jedes Jahr vor 1800 verbrannt ist.

Darüber hinaus haben die meisten Klimakatastrophen aufgrund des gestiegenen Wohlstands geringere Auswirkungen, was uns weniger verwundbar macht.

Kosten und Todesfälle sind aufgrund von wetterbedingten Katastrophen zurückgegangen

Die Kosten für Überschwemmungen in den USA sind seit Beginn der Datenerhebung im Jahr 1903 um fast 90 Prozent zurückgegangen, von jährlichen Kosten von 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in den ersten Jahren auf heute 0,055 Prozent pro Jahr.

Weltweit sind die Kosten für alle klimabedingten Katastrophen seit zuverlässigen Datenerhebungen im Jahr 1990 von 0,26 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf heute 0,19 Prozent gesunken.

Eine neue Studie teilt die Schäden in alle Hauptgefahren auf – von Hochwasser, Sturzfluten und Küstenüberschwemmungen über Hitze und Kälte bis hin zu Dürre- und Windschäden.

Sie kommt zu dem Ergebnis, dass in den vergangenen 40 Jahren für alle Länder, sowohl für reiche als auch für arme, die Kosten und die Todesfälle aufgrund von wetterbedingten Katastrophen zurückgegangen sind – die Kosten um fast 80 Prozent und die Todesfälle um mehr als 80 Prozent.

Das ist der Grund, warum alle wichtigen klimaökonomischen Modelle keine Katastrophe, sondern moderate Klimaschäden zeigen. Betrachten wir die drei bekanntesten Modelle, die von der Obama-Administration zur Abschätzung von Klimaschäden verwendet wurden.

Sie sind sich alle einig, dass ein ungebremster Klimawandel bis zum Ende des Jahrhunderts einem Verlust von drei bis vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht. Die UNO sagt voraus, dass bis dahin jeder von uns um 450 Prozent reicher sein wird als heute.

Die negativen Klimaauswirkungen bedeuten allerdings, dass wir „nur“ noch um 434 Prozent reicher sein werden. Das ist zwar weniger gut, aber eindeutig keine abgründige Katastrophe.

Der jüngste Bericht des UN-Klimarats aus dem Jahr 2018 stellt sogar einen geringeren Kostenfaktor fest: Wenn wir keine Klimapolitik betreiben, werden wir nach Ansicht der UN bis zum Ende des Jahrhunderts um 2,6 Prozent ärmer sein, als wir es sonst wären. Am

Ende des Jahrhunderts werden wir jedoch um 438 Prozent reicher sein als heute.

Wenn der Klimawandel ein Asteroid wäre, der auf die Erde zurasen und die Menschheit auslöschen würde, wäre es sinnvoll, alle verfügbaren Ressourcen gegen die drohende Katastrophe einzusetzen.

Aber so ist es nicht. Es ist ein Problem, aber nur eine von vielen anderen Herausforderungen der Menschheit wie Gesundheit, Ernährung, Bildung und Armut.

Es wäre falsch, nichts gegen den Klimawandel zu tun, denn sinnvolle Klimapolitik kann zu geringen Kosten viel bewirken. Sie kann die teuersten Temperaturanstiege mit kostengünstigen Reduzierungen der unnötigsten CO₂-Emissionen vermeiden.

Aber alles, was irgendwie möglich ist, für die Reduzierung von Emissionen zu opfern, ist ebenfalls falsch. Auch noch die allerletzte Tonne CO₂ zu vermeiden, sei es in Deutschland oder im Rest der Welt, wäre nicht nur unglaublich kostspielig. Es würde auch nur sehr wenig nützen und die vielen anderen noch bestehenden Probleme außer Acht lassen.

Die Erkenntnis, dass der Klimawandel ein Problem, aber nicht das Ende der Welt ist, heißt, dass wir darüber genauso nachdenken sollten wie über alle anderen Herausforderungen: Wie viel wird eine Lösung kosten, und wie viel Gutes wird die Lösung bewirken?

Wie eine ausgewogene Klimapolitik aussehen müsste, wurde in der Klimaökonomie in den vergangenen drei Jahrzehnten ausgiebig erforscht.

2018 wurde dem herausragenden Begründer des Fachgebiets, Professor William Nordhaus von der Yale University, der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften verliehen. Er ist der einzige Klimaökonom, dem diese Ehre jemals zuteil wurde.

Nordhaus ist der Ansicht, dass eine optimale Klimapolitik eine moderate, globale Kohlenstoffsteuer beinhaltet, die in den nächsten zehn Jahren ungefähr auf dem Niveau des Emissionshandels der EU läge.

Das bedeutet, dass Europa und Deutschland bereits genug tun, aber viele andere Orte (wie China, Indien und Afrika) mehr tun müssten.

Klimapolitik kostet bereits mehr, als sie Gutes tut. Aber entscheidend ist, dass seine Modelle (zusammen mit vielen anderen) auch zeigen, dass

unsere derzeitigen Strategien und Versprechungen die Welt weniger gut dastehen lassen: Sie kosten heute viel und helfen in der fernen Zukunft nur wenig.

Beispielsweise kostet die derzeitige Klimapolitik der EU, weil sie ineffizient konzipiert ist, bereits mehr als sie Gutes fürs Klima liefert. Und in Deutschland trägt jeder Euro, der für Subventionen für Sonne und Wind ausgegeben wird, nur dazu bei, 19 Cent an langfristigen Klimaschäden zu vermeiden.

Aber die Kosten werden in der Zukunft weiter steigen. Unser Wirtschaftsmotor hängt davon ab, dass wir Zugang zu ausreichender, bezahlbarer und zuverlässiger Energie haben. Die Klimapolitik zwingt uns unweigerlich dazu, weniger Energie zu verbrauchen, die dazu noch teurer und weniger zuverlässig ist.

Das führt zu einem geringeren Wirtschaftswachstum. Das treibt uns zwar nicht ins Armenhaus, aber Studien zeigen wiederholt Kosten von Hunderten und Tausenden Milliarden Euro an verlorenem Bruttoinlandsprodukt.

Zig Billionen Euro für 0,17 Grad Temperaturabsenkung

Das Pariser Abkommen ist vielleicht das deutlichste aktuelle Beispiel. Seine Versprechungen für 2030 werden der Welt kaum Klimavorteile bringen, kosten aber ein Vermögen.

Wenn alle Versprechen von Paris bis 2030 tatsächlich eingelöst und die für den Rest des Jahrhunderts eingehalten würden – ein unglaublich optimistisches Ergebnis angesichts der Bilanz der Klimapolitik der vergangenen Jahrzehnte – würde es die globalen Temperaturen bis zum Ende des Jahrhunderts um 0,17°C senken.

Dennoch könnten die kumulativen Kosten dieser Politik bis zum Ende des Jahrhunderts leicht zig Billionen Euro betragen. Untersuchungen zeigen, dass jeder ausgegebene Euro nur etwa elf Cent an Klimavorteilen für die Welt bringen würde.

Darüber hinaus bedeuten die Billionen Euro, die jedes Jahr für das Klima ausgegeben werden, weniger Mittel für andere dringende Probleme. Wenn man noch weiter in Richtung Null-Emissionen geht, entstehen Kosten von Hunderten Billionen Euro, so dass für alles andere noch weniger übrig bleibt.

Für Deutschland würde das bedeuten, dass weniger Mittel zur Verfügung stünden, um die wirtschaftlichen Härten nach der Corona-Pandemie, die Integration von Einwanderern, Bildung, Gesundheit und erschwinglichen Wohnraum zu bewältigen.

Für den Rest der Welt stünden damit auch weniger Ressourcen bereit, um die vielen großen, aber oft ignorierten Herausforderungen wie Tuberkulose, Hunger und Armut zu lösen.

Überambitionierte Klimapolitik heißt nicht nur, wenig Gutes zu erreichen oder finanzielle Mittel zu verlieren, die anderswo besser ausgegeben werden könnten. Sie untergräbt auch die langfristige Tragfähigkeit der Klimapolitik.

Die meisten Wähler werden es nicht einfach hinnehmen, wenn eine oberflächlich populäre Politik zu einer echten Kostenexplosion führt. Ein Beispiel dafür sind die französischen Gelbwesten-Proteste, die aufkamen, nachdem eine gut gemeinte Klimapolitik die Benzinpreise um nur vier Cent pro Liter anheben wollte.

Noch ambitioniertere Klimaziele, die zu Preiserhöhungen in der gesamten Energiewirtschaft führen werden, könnten einer Erhöhung der Benzinpreise um mehrere Euro pro Liter entsprechen. Eine derartig bestrafende Klimapolitik wird unhaltbar werden.

Um das Klimaproblem intelligent anzugehen, müssen wir anfangen, die Wissenschaft zu beherzigen.

Ja, wir sollten natürlich auf die führenden Klimaforscher der Welt hören, die uns sagen, dass die globale Erwärmung ein echtes, vom Menschen verursachtes und schwerwiegendes Problem ist. Aber wir müssen auch auf die führenden Klimaökonomien der Welt hören, die uns sagen, dass wir das Thema intelligent angehen sollten. Dazu zählt eine kluge Klimapolitik, aber ohne extreme und unhaltbare Einschränkungen.

Einer der interessantesten Punkte aus der Klimaökonomie zeigt, dass wir uns viel mehr auf Innovationen konzentrieren müssen, da diese in der Regel langfristige Probleme viel effektiver lösen.

Subventionen schaffen die falschen Anreize

Mit dem EEG ging Deutschland im Wesentlichen den umgekehrten Weg. Im Jahr 2014 kam die Expertenkommission Forschung und Innovation der Bundesregierung zum eindeutigen Schluss, dass die festen Einspeisevergütungen für erneuerbare Energien „keinen Anreiz zur Entwicklung neuartiger Technologien“ bieten.

Es ist für Unternehmen viel sicherer, sich weiterhin auf stark subventionierte Windturbinen, Sonnenkollektoren und Biomasse zu verlassen, anstatt bestehende Technologien weiterzuentwickeln und neue, tragfähige Alternativen zu fossilen Brennstoffen zu entwickeln.

Subventionen schaffen einfach die falschen Anreize, und die Kommission kam zu dem Schluss, dass das EEG „keine messbare Innovationswirkung“ entfalte, womit es sich „aus innovationspolitischer Sicht in seiner jetzigen Form nicht rechtfertigen“ ließe.

Trotz Hunderter Milliarden Euro an Subventionen für erneuerbare Energien steigen die globalen Emissionen weiter an. Deshalb schlagen Klima-Aktivisten seit Kurzem auch vor, dass Menschen mit weniger auskommen sollten.

Sie sollen weniger fossile Brennstoffe verbrauchen, weniger heizen und kühlen, weniger Fleisch essen und weniger reisen. Das sind nicht zwingend alles schlechte Ratschläge, aber der Verzichts-Ansatz lässt sich deutlich schwerer verkaufen, sobald er beginnt, sich wirklich massiv auf das Leben der Menschen auszuwirken.

In den 1960er und 1970er Jahren waren wir sehr besorgt darüber, dass es nicht genug Nahrung auf der Welt gibt, besonders in Indien und Afrika. Nach der Vorstellung, mit weniger auszukommen, hätten Menschen in wohlhabenden Ländern weniger essen und stattdessen ihre Lebensmittel an die Bedürftigsten schicken sollen. Es überrascht nicht, dass dieser Ansatz langfristig nie nachhaltig gewesen wäre.

Tatsächlich funktionierte stattdessen ein enormer Fokus auf Innovation – die sogenannte „Grüne Revolution“. Dieser wissenschaftliche Ansatz konzentrierte sich darauf, die Getreideproduktion effektiver zu gestalten, so dass jeder Hektar Land in den Entwicklungsländern viel mehr Nahrungsmittel produzieren konnte.

Anstatt die Reichen weniger wohlhabend zu machen, konzentrierte sich die Lösung darauf, arme – und schließlich alle Menschen – durch billigere und reichlich vorhandene Nahrungsmittel besser zu stellen.

Die Lektion aus der Hungerbekämpfung müssen wir auf den Klimawandel anwenden

Es funktionierte. So konnten wir nicht nur die Vorhersage abwenden, dass in den 1970er und 1980er Jahren Milliarden Menschen verhungern und sterben werden. Wir lösten eine große Herausforderung mit

Innovation, verbesserten das Leben auf der ganzen Welt, und das mit einer nachhaltigen Lösung.

Anstatt von den Menschen zu verlangen, mit weniger auszukommen, ermöglichte die grüne Revolution allen Menschen ein besseres Leben mit mehr Nahrung. So ist Indien heute beispielsweise der weltweit führende Reis-Exporteur.

Wir müssen dieselbe Lektion auch auf die Klimapolitik anwenden. Anstatt den Menschen unaufhörlich zu sagen, sie sollen mit weniger auskommen, anstatt sie ärmer zu machen und die Benzin- und Stromkosten zu erhöhen, sollten wir uns darauf konzentrieren, den Preis für grüne Energie durch Innovationen unter den Preis für fossile Brennstoffe zu bringen.

Wenn wir grüne Energie billiger machen, werden alle umsteigen. Nicht nur im reichen Deutschland, sondern auch in ganz Afrika und Indien. Das wird nicht nur die Welt verbessern und das Klimaproblem lösen. Es ist auch nachhaltig.